

Kurzzusammenfassung

1. Überblick

Im Jahresabschluss 2018 wurde, wie bereits 2017, wieder ein Überschuss erzielt. Dieser **Jahresüberschuss beläuft sich auf 31,3 Mio. €** (Vorjahr 32,1 Mio. €). Geplant war für das Jahr 2018 ein Überschuss in Höhe von 28,5 Mio. €.

Die ordentlichen Erträge betragen im Ist 2018 2.077 Mio. €, die ordentlichen Aufwendungen 2.034 Mio. €. Der Anstieg der ordentlichen Erträge beträgt damit gegenüber dem Vorjahr 3,5 %, bei den ordentlichen Aufwendungen 4,4 %. Der **Aufwanddeckungsgrad** beträgt 102,1 % (Vorjahr: 102,9 %) und liegt wieder über 100 %. Daraus ist ersichtlich, dass die ordentlichen Aufwendungen vollständig durch ordentliche Erträge gedeckt werden konnten.

2. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

Die folgende Tabelle gibt einen kurzen Überblick zu den wesentlichen Einflussfaktoren auf das Jahresergebnis 2018 (ausführlicher in der Anlage):

in Mio. € (SAP-Logik: Erträge mit Minus-, Aufwendungen mit Pluszeichen)	Ist 2018	Plan 2018	Ist 2017
Gewerbesteuer	-469,9	-469,0	-446,8
Einkommensteueranteil	-307,8	-301,0	-297,4
Schlüsselzuweisungen	-220,4	-217,0	-200,3
Zuweisungen vom Land (Lehr-/Kinderbetreuungspersonal.)	-84,5	-84,5	-81,3
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-77,9	-72,2	-68,4
Erstattungen vom Land (Transferleistungen)	78,5	72,6	-91,0
Erträge aus dem Abgang von Vermögen	5,6	0	-13,7
Bezüge und Vergütungen	403,3	416,3	388,8
Pensionsrückstellungen (Saldo Zuführung/Auflösung)	119,7	108,1	129,5
Zuschuss an soziale/ähnliche Einrichtungen - Art 1	122,9	122,3	119,6
Laufende Leistungen für Unterkunft/Heizung (KdU) (§ 22 I SGB II)	122,7	142,8	135,5
Verlustausgleiche an städtische Töchter inkl. Zuführung zu Rückstellungen, abzüglich Neutralisationen	7,0	21,5	9,5
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,3	0	4,6
Aufwendungen für Gebäudeunterhalt, -technik	36,7	40,8	33,4
Bezirksumlage	183,5	183,1	166,8
Gewerbesteuerumlage	69,1	69,3	71,2
Sonstige Rückstellungen	87,7	0,2	29,4
Finanzergebnis	14,1	19,3	26,8

Die Erträge aus **Gewerbesteuer** lagen mit einem Ist 2018 von 469,9 Mio. € um 0,9 Mio. € über dem Planwert (Ist 2017: 446,8 Mio. €) und weisen damit das bisher höchste Rechnungsergebnis aus.

Auch der **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** war ein erheblicher Einflussfaktor für den erwirtschafteten Jahresüberschuss. Er stieg sowohl gegenüber der Planung (+ 6,8 Mio. €) als auch gegenüber dem Vorjahr (+ 10,5 Mio. €) deutlich an und erreichte einen neuen Höchstwert von 307,8 Mio. €.

Die **Schlüsselzuweisungen** fielen um 3,4 Mio. € höher aus als geplant, im Vergleich zum Vorjahr war sogar ein Anstieg um 20,1 Mio. € zu verzeichnen. Damit lagen die Zuweisungen und Zuschüsse insgesamt 9,2 Mio. € über dem Plan und 27,7 Mio. € über dem Wert von 2017.

Die **Leistungsentgelte** fielen um 7,3 Mio. € höher aus als geplant, das Rechnungsergebnis 2017 überstiegen sie um 9,3 Mio. €, insb. bei Beiträgen für Kindertagesbetreuung und Elternentgelten zur Verpflegung konnten Mehrerträge verzeichnet werden.

Die **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** sanken in 2018 gegenüber 2017 um 11,6 Mio. €. Der Planwert wurde hingegen um 0,9 Mio. € überschritten. Die Erträge aus Erstattungen vom Bund lagen um 18,2 Mio. € unter dem Plan, gegenüber dem Vorjahr wurden aber Mehrerträge in Höhe von 0,3 Mio. € erzielt. Grund für die Abweichung zum Plan sind insb. Abweichungen bei den Erstattungen für die Kosten der Unterkunft zur Unterbringung von Flüchtlingen (- 13,8 Mio. € ggü. Plan) aufgrund gesunkener Fallzahlen. Der Bund gewährt hier eine Zusatzerstattung zur 100%-igen Refinanzierung der Unterkunftskosten von anerkannten Geflüchteten. Auch bei der Grundsicherung (4. Kap. SGB XII) wurde der Planwert um 5,0 Mio. € unterschritten, da aufgrund des Bayerischen Teilhabegesetzes die Zuständigkeit für 400 Personen in der Eingliederungshilfe an den Bezirk abgegeben wurde.

Bei den Erstattungen vom Land findet sich die gravierendste Abweichung bei der Position „Erstattungen für Transferleistungen“: Von hier verbuchten 78,5 Mio. € im Ist 2018 entfallen 74,5 Mio. € auf die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Vorjahr: 86,7 Mio. €). Dies bedeutet eine Planüberschreitung von 6,2 Mio. € und einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 12,2 Mio. €. Diese Zahlen spiegeln wider, dass nun die Anzahl der Leistungsbeziehenden nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mit der Bearbeitung der Asylanträge weiter sinkt, wenn auch nicht so schnell wie geplant. Die Erträge aus Kostenerstattungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz korrespondieren mit entsprechenden Aufwendungen für Asylbewerber im Transferleistungsbereich. Die Erstattungsquote für diese Aufwendungen beträgt nahezu 100 %.

Die **Erstattungen vom Bezirk** liegen um 0,2 Mio. € unter dem Planansatz und 4,9 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Die Abweichungen zum Vorjahr sind insb. auf Erstattungen für Hilfen zur Erziehung und die Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII zurückzuführen (-4,4 Mio. € bzw. -5,9 Mio. €). Im Vorjahr waren hier zeitverzögerte Erstattungen für die Jahre 2015 und 2016 enthalten.

Die **Personal- und Versorgungsaufwendungen** sind insgesamt um 21,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gestiegen, gegenüber der Planung beträgt der Anstieg 9,1 Mio. €. Bei den **Personalaufwendungen für aktive Mitarbeiter** liegt der Wert 4,4 Mio. € über dem Vorjahr, aber 10,2 Mio. € unter dem Planwert, da etliche neu geschaffenen Stellen nicht planmäßig besetzt werden konnten. Bei den **Versorgungsaufwendungen** entstanden hingegen

überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 19,3 Mio. € (Veränderung gegenüber dem Vorjahr: + 16,7 Mio. €).

Die **Transferaufwendungen** bewegen sich insgesamt 9,1 Mio. € unter Vorjahresniveau und damit 40,2 Mio. € unter dem Planwert, in vielen Bereichen mussten die Planwerte nicht ausgeschöpft werden, so z. B. bei den Familien- und Jugendhilfen und sonstigen Hilfen. Die Zuschüsse an soziale Einrichtungen aus gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtung stiegen gegenüber dem Vorjahreswert um 3,2 Mio. €, diese Position steigt seit Jahren aufgrund des anhaltenden Platzausbaus bei Kindertageseinrichtungen freier Träger nachhaltig an, hier überschritt der Anstieg auch die Planung um 0,6 Mio. €.

Die **Kosten der Unterkunft und Heizung beim Arbeitslosengeld II** gingen gegenüber dem Vorjahr um 12,8 Mio. € zurück (- 9,5 %) und lagen mit 20,1 Mio. € (14,1 %) unter Planungsniveau. Der Grund liegt darin, dass sowohl Anzahl als auch Höhe der Leistungsbezüge aufgrund der guten Situation am Arbeitsmarkt gesunken sind – Nürnberg weist hier eine der bundesweit höchsten Rückgangsraten beim Leistungsbezug auf.

Die Bezirksumlage stieg 2018 gegenüber dem Vorjahr spürbar an auf 183,5 Mio. € (+ 16,7 Mio. €, d. h. + 11,1 %).

Die Position „Verlustausgleiche Eigenbetriebe und verbundene Unternehmen“ ist um 2,6 Mio. € niedriger als im Vorjahr und 18,5 Mio. € unter Plan ausgefallen, u.a. musste ein für die StWN eingeplanter Ausgleich von 10 Mio. € nicht verwendet werden.

Unter den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** wurden 2018 mit 87,7 Mio. € (Vorjahr 29,4 Mio. €) relativ hohe Rückstellungen für Risiken aus strittigen Bilanzierungsfragen bei Finanzanlagen (63,25 Mio. €) und eine Risikovorsorge für drohende Aufwendungen aus Tarifabschlüssen (24,3 Mio. €) berücksichtigt.

Die Zinsaufwendungen gingen gegenüber 2017 um 16,3 Mio. €, gegenüber der Planung um 0,8 Mio. € zurück – insb. geringere **Erstattungszinsen aus der Gewerbesteuer** fielen hier mit Minderaufwendungen von 14,0 Mio. € (entsprechend - 63 %) gegenüber dem Vorjahr ins Gewicht.

3. Erläuterungen zu ausgewählten Bilanzposten

Die **Verschuldung des Kernhaushaltes aus Investitionskrediten und der Anleihe sowie unter Einbezug der ÖPP/ÖÖP-Projekte** beträgt zum 31.12.2018 nun 1.444 Mio. € (Vorjahr: 1.405 Mio. €). Dies bedeutet einen Anstieg um rd. 39,2 Mio. €. Geplant war eine Neuverschuldung von 35,5 Mio. €. Aufgrund der gestiegenen Investitionsbedarfe konnte auch 2018, wie in der Planung bereits absehbar, kein Schuldenabbau erreicht werden. Die Zinslastquote sinkt aufgrund der stark gesunkenen Erstattungszinsen aus der Gewerbesteuer auf 1,7 % (Vorjahr 2,6 %), die Zinsaufwendungen aus den Investitionskrediten sind im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 2,2 Mio. € gesunken.

Das **Basiskapital** beläuft sich zum 31.12.2018 auf 647,31 Mio. € und hat sich damit im Saldo um 2,5 Mio. € vermindert. Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 15,6 %. Die Verringerung resultiert insbesondere aus Korrekturen der Eröffnungsbilanzwerte der Archivalien beim Stadtarchiv aufgrund einer Beanstandung des BKPV.

Die **Bilanzsumme** (und damit auch das Vermögen) erreicht nun den Wert von 5,2 Mrd. € (Vorjahr: 5,0 Mrd. €). Das Sachanlagevermögen erhöhte sich um rd. 80 Mio. € und zeigt damit die intensive Investitionstätigkeit der Stadt auf.

4. Fazit

Zusammenfassend ist festzustellen, dass insbesondere aufgrund von Steuermehrerträgen i. H. v. 5,9 Mio. € gegenüber dem Plan und 50,7 Mio. € gegenüber dem Ist 2017 sowie Mehrerträgen bei Schlüsselzuweisungen und Leistungsentgelten und geringeren Transferaufwendungen und Zinsaufwendungen ein sehr positives **Jahresergebnis von 31,3 Mio. €** erzielt werden konnte. Aufgrund des umfangreichen erheblichen Investitionsprogramms war dennoch eine **Neuverschuldung in Höhe von rd. 39 Mio. €** nicht vermeidbar.

Die ausführlichen Zahlen sind in der Anlage enthalten.